

## **Weltmarktbeben**

Über die tieferliegenden Ursachen der aktuellen Finanzmarktkrise

von Norbert Trenkle

*Spätestens seit der sogenannten „Kapitalismuskritik“ von Franz Müntefering im Jahr 2005 hat sich das Bild der „Heuschrecke“ allgemein durchgesetzt, um das auszudrücken, was ohnehin schon immer in weiten Teilen der öffentlichen Meinung als selbstverständlich galt: dass nämlich „gierige Finanzinvestoren“ hauptverantwortlich für die aktuellen ökonomischen und sozialen Krisenerscheinungen sein sollen. Insofern konnte die exzessive Verwendung der Heuschreckenmetapher und der damit verbundenen Assoziationen in der ver.di-Broschüre „Finanzkapitalismus: Geldgier in Reinkultur“ zunächst nicht verwundern. Umso erfreulicher ist aber, dass sowohl innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaft heftige Kritik an dieser Broschüre artikuliert worden ist und somit eine längst überfällige Debatte in Gang zu kommen scheint. Zur Verteidigung gegen die Kritik haben die AutorInnen der Broschüre ein durchaus erhellendes Argument ins Feld geführt. Sie hätten – so schreiben sie in einem in LabourNet veröffentlichten Beitrag<sup>1</sup> – im Vorfeld über die Heuschrecken-Metapher diskutiert, seien dann aber „zu der Überzeugung gelangt, dass man bei dem Thema ... um dieses Bild bzw. diesen Begriff gar nicht herum kommt. ... Umständliche Umschreibungen wären ansonsten nötig geworden. Letztlich wäre es aber gar nicht zu vermeiden gewesen, dass der Leserin/ dem Leser früher oder später deutlich wird, dass wir natürlich die vielbeschriebenen ‚Heuschrecken‘ meinen“.*

*Erhellend ist dieses Argument deshalb, weil es darauf verweist, dass die Heuschrecken-Metapher keinesfalls eine bloß oberflächliche ideologische Zuschreibung ist, die durch eine andere „harmlosere“ (also nicht antisemitisch konnotierte) ersetzt werden könnte, sondern sich aus dem Argumentationsgang der Broschüre (und ähnlich gelagerter Schriften) durchaus stringent ergibt. Genau hier liegt der Hund begraben. Problematisch ist bereits die in der Broschüre vorgelegte ökonomische Analyse oder, genauer gesagt, die Art und Weise der Kritik am Finanzkapital und nicht bloß der dabei verwendete Bilderkanon, denn dieser passt zu jener wie der Deckel auf den Topf. Selbstverständlich muss Kapitalismuskritik den Zusammenhang zwischen der ungeheuren Aufblähung der Finanzmärkte und der Dynamik der krisenkapitalistischen Globalisierung analysieren und danach fragen, welche praktischen Konsequenzen sich für soziale Bewegungen und Gewerkschaften daraus ergeben. Die entscheidende Frage aber ist, worin dieser Zusammenhang besteht. Der folgende Text will einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage leisten, der angesichts der immer bedrohlicheren Krise an den internationalen Finanzmärkten zusätzliche Brisanz zukommt.*

Die aktuelle Krise an den internationalen Finanzmärkten, die sich zu einer veritablen Weltmarktkrise auszuwachsen droht, wird von fast allen Kommentatoren und Wirtschaftsexperten auf die ungehemmte Entfesselung der Spekulation vor allem in den USA zurückgeführt. Im Schussfeld stehen dementsprechend die Banken und Investmentfonds als Hauptakteure dieser Spekulation, aber auch die Regierungen und Zentralbanken (allen voran die US-Regierung und die Federal Reserve), die diese Entwicklung ermöglicht und gefördert hätten. Es fühlen sich jetzt alle jene

---

<sup>1</sup> [www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/real/insekten\\_wipo.pdf](http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/real/insekten_wipo.pdf)

bestätigt, die schon seit Jahren in der Entfesselung und Verselbstständigung der Spekulation die wichtigste Ursache aller aktuellen ökonomischen und sozialen Verwerfungen wie Massenarbeitslosigkeit, Lohndrückerei, verschärfter Standortkonkurrenz und Abriss der Sozialsysteme sehen und als Schlüssel für die Lösung dieser Probleme eine Regulation und Kontrolle der Finanzmärkte propagieren.

Nun könnte es bei oberflächlicher Betrachtung tatsächlich so erscheinen, als gehe der zunehmende ökonomische Druck auf die gesamte Gesellschaft ursächlich von den Finanzmärkten aus. Wer wollte leugnen, dass diese in einem historisch einzigartigen Maße an Gewicht gewonnen haben und starken Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung nehmen? Liegt es da nicht nahe, sie als Hauptschuldige für die gesellschaftliche Misere zu identifizieren? Doch die Polemik gegen Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und andere Finanzmarktakteure (unter Verwendung ideologisch brandgefährlicher Bilder wie „Heuschrecken“ und „Blutsauger“)<sup>2</sup> findet nicht nur deshalb ein so starkes Echo in der Öffentlichkeit, weil sie den Schein der Oberfläche widerspiegelt. Darüber hinaus kann sie sich auf ein verbreitetes Vorverständnis stützen, wonach das Finanzkapital, die Banken und „die Spekulanten“ ohnehin für die meisten Übel des Kapitalismus verantwortlich gemacht werden, weil sie angeblich auf Kosten der „ehrlichen Arbeit“ und des „produktiven Unternehmertums“ ihre Gewinne einfahren, ohne dafür einen Finger krumm zu machen. Dementsprechend wird stets die „unersättliche Gier“ der Finanzmarktakteure angeprangert, die nach „übertriebenen Renditen“ strebten (so als ob die kapitalistische Produktionsweise nicht ihrem Wesen nach auf dem Prinzip der Gewinnmaximierung basieren würde und dafür immer schon über Leichen gegangen wäre).

Das freilich ist keine Kritik am Kapitalismus, sondern bestenfalls eine nostalgische Verklärung des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der Nachkriegszeit, als angeblich die Welt noch in Ordnung war. Schlimmer noch wird damit aber zugleich die Tür für antisemitische Wahnprojektionen geöffnet, zu deren Kernbestand ja bekanntlich die Aufspaltung des Kapitals in ein (konkretes) „schaffendes“ und ein (abstraktes) „raffendes Kapital“ gehört, wobei „die Spekulanten“ mit „den Juden“ identifiziert werden, die angeblich hinter den Kulissen die Fäden der Weltwirtschaft und –politik ziehen. Dieser gefährliche ideologische Zusammenhang ist in den letzten Jahren vielfach aufgezeigt und kritisiert worden, weshalb ich ihn hier nicht näher ausführen muss.<sup>3</sup> Stattdessen werde ich mich vor allem auf den Nachweis konzentrieren, dass mit der einseitigen Attacke auf das Finanzkapital auch die

---

<sup>2</sup> Zur einleitend genannten ver.di-Broschüre „Finanzkapitalismus – Geldgier in Reinkultur. vgl. Lothar Galow-Bergemann: „Gegen Börsenungeziefer“ (Streifzüge 42) sowie die Kritik der Finanzkapital AG bei ver.di Stuttgart ([www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/real/insekten.html](http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/real/insekten.html))

<sup>3</sup> Vgl. etwa meinen Artikel: Entsorgung nach Art des Hauses, in Streifzüge 32/ 2004 - [www.balzix.de/n-trenkle\\_Antisemitismus-Attac\\_jan-2005.htm](http://www.balzix.de/n-trenkle_Antisemitismus-Attac_jan-2005.htm)

Ursache-Wirkung-Zusammenhänge der kapitalistischen Funktionslogik auf den Kopf gestellt werden und damit nicht nur einer Analyse des laufenden Krisenprozesses der Weg verstellt wird, sondern auch einem adäquaten Widerstand gegen die damit verbundenen sozialen und politischen Zumutungen.

## **Die langen Nachwirkungen der Krise des Fordismus**

Schon ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die Entstehung von großen Spekulations- und Kreditblasen an den Finanzmärkten noch nie die Ursache von kapitalistischen Krisen war, sondern immer nur Folge und Verlaufsform von Krisenprozessen, deren Gründe sich stets auf die Stockung der Kapitalverwertung in der Realwirtschaft zurückführen ließen. Das gilt auch und gerade auch für die gegenwärtige Finanzmarktkrise und die lange Periode der Spekulation, die ihr vorangegangen ist, auch wenn sie in der Tat einige historische Besonderheiten gegenüber früheren Krisen vorzuweisen hat.

Es ist allgemein bekannt, dass das Abheben und die weitgehende Verselbstständigung der Finanzmärkte in der Mitte der 1970er Jahre begannen. Die Gründe dafür lagen jedoch nicht etwa in willkürlichen politischen Entscheidungen oder dem Einfluss neoliberaler Thinktanks und mächtiger wirtschaftlicher Interessengruppen, wie es im Rückblick heute vielfach behauptet wird, sondern darin, dass die lange Aufschwungsphase der Nachkriegszeit in eine tiefe Strukturkrise geriet und der Fordismus an seine Grenzen stieß. Die Profitraten gerieten unter Druck, weil sich die organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Produktivitätsreserven der standardisierten Massenproduktion erschöpft hatten, während gleichzeitig erfolgreiche Arbeitskämpfe für eine Anhebung der Löhne und Sozialleistungen sorgten und die Vorkosten für die Finanzierung der allgemeinen öffentlichen Infrastruktur immer weiter anstiegen. Als die OPEC-Länder dann auch noch den Ölpreis empfindlich anhoben und damit die Kosten für die exzessive Ausbeutung der fossilen Energiereserven in die Höhe schnellten, war der selbsttragende Wachstumsschub der Nachkriegszeit an sein Ende gelangt. Zusätzliche Investitionen in Produktionsmittel, Fabriken, Gebäude etc. unterblieben, weil sie keinen oder keinen ausreichenden Gewinn mehr versprachen; in der Folge wurde ein erheblicher Teil des Kapitals „freigesetzt“ und fand keine rentable Anlagemöglichkeit mehr.

Da aber Kapital seinem Wesen nach sich selbst verwertender Wert ist, also der einzige Zweck der kapitalistischen Produktion darin besteht, aus Geld mehr Geld zu machen (daher auch der dem Kapitalismus eigene Zwang zum permanenten quantitativen Wachstum ohne Rücksicht auf menschliche Bedürfnisse und natürliche Grenzen), ist eine solche Stockung des Verwertungsprozesses gleichbedeutend mit einer Krise. Genauer gesagt: mit einer Überakkumulationskrise oder – um es im

gängigen volkswirtschaftlichen Vokabular auszudrücken – mit einer Überinvestitionskrise. Ein Teil des Kapitals ist überschüssig (gemessen am eigenen abstrakten Selbstzweck) und daher von der Entwertung bedroht. Findet diese Entwertung statt, so bleibt sie nicht auf einzelne Unternehmens- und Bankenzusammenbrüche beschränkt (wie sie im kapitalistischen Normalbetrieb immer vorkommen), sondern schlägt – vermittelt und verstärkt über negative Multiplikatoreffekte – auf die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft durch.

Genau diese Gefahr drohte Mitte der 1970er Jahre, was übrigens viele (nicht nur linke) Ökonomen prognostizierten<sup>4</sup>. Warum jedoch kam es nicht dazu? Warum blieb der große weltwirtschaftliche Kriseneinbruch aus? Ein wesentlicher Grund dafür war, dass ein erheblicher Teil des überschüssigen Kapitals, das in der Realwirtschaft nicht mehr investiert werden konnte, an die internationalen Finanzmärkte auswich, wo es zunächst hauptsächlich in der Form von Staatskrediten, zunehmend aber auch in der Aktien- und Wertpapierspekulation angelegt wurde. Dieses Ausweichen in die Finanzsphäre ist für sich genommen eine ganz normale Verlaufsform jeder Krise der Kapitalverwertung. Marx hat sie bereits anhand der Krise von 1857 analysiert und dafür den Begriff des „fiktiven Kapitals“ geprägt. Fiktiv ist das Kredit- und Spekulationskapital deshalb, weil es nur *scheinbar* als Kapital fungiert. Denn so sehr es auch für seine Eigentümer Zins- und Spekulationsgewinne abwirft, so wenig findet doch eine reale Verwertung statt, die immer voraussetzt, dass abstrakte Arbeit in der Produktion von Waren und Dienstleistungen verausgibt und ein Teil davon als Mehrwert abgeschöpft wird. Die „Erträge“, die das fiktive Kapital „abwirft“, stammen jedoch aus anderen Quellen, seien es Steuern und neue Kredite (im Fall der exponentiell anwachsenden Staatsverschuldung), seien es Wetten auf die Zukunft (im Fall von spekulativen Kursgewinnen) oder der Ausverkauf der gesellschaftlichen Substanz (im Fall von Privatisierungserlösen).

Am offensichtlichsten ist dies im Fall der Staatverschuldung: Der Staat leiht sich Geld, um dieses dann sofort wieder in den Konsumkreislauf zu schleusen. Vom Standpunkt des Kreditgebers erscheint dieses Geld als Kapital, weil es ja Zinsen „abwirft“. Tatsächlich jedoch ist es längst konsumtiv verausgabt worden, existiert also als „Wert“ nur noch in der Gestalt von Anrechtsscheinen (Staatsanleihen). Aber auch der private Konsum- oder Hypothekenkredit funktioniert nach dem gleichen Muster: Die Kreditnehmer leihen sich Geld, um Häuser, Autos oder andere Verbrauchsgüter zu kaufen, für die Kreditgeber jedoch erscheint dasselbe Geld als Kapital, das profitabel angelegt wurde, obwohl es längst im Konsum verbrannt worden ist. Dieser Zusammenhang ist freilich den letzteren herzlich egal. Die kreditäre oder spekulative Finanzanlage erscheint ihnen als Anlagemöglichkeit genauso „real“ zu sein, wie jede andere auch, solange die Geldquellen nur sprudeln.

---

<sup>4</sup> Vgl. etwa die zum Teil sehr guten Analysen in Elmar Altvater, Volkhard Brandes, Jochen Reiche (Hrsg.): Handbuch 4. Inflation – Akkumulation – Krise II, Frankfurt/M. 1976

Doch die Aufblähung des fiktiven Kapitals verschafft nicht nur den Kapitalanlegern eine Ausweichmöglichkeit, sie bedeutet auch makroökonomisch einen Aufschub des Kriseneinbruchs. Denn das Ausweichen an die Finanzmärkte verhindert nicht nur vorübergehend die Entwertung des überschüssigen Kapitals, zugleich schafft sie vermittelt über verschiedene Mechanismen auch zusätzliche Kaufkraft, die sich in der Nachfrage von Waren und Dienstleistungen ausdrückt und darüber die Realwirtschaft am Laufen hält oder sogar weiter anheizen kann. Im Fall der Staatsverschuldung wirkt dieser Mechanismus ganz unmittelbar und hat es als solcher ja zu einem zentralen Instrument der Wirtschaftspolitik gebracht. Ganz egal ob der Staat das geliehene Geld für den Bau von Straßen, den Ankauf von Militärflugzeugen oder für soziale Transferleistungen ausgibt, immer fließt es direkt in den Konsumkreislauf zurück und facht darüber die Konjunktur an. Exakt die gleiche volkswirtschaftliche Funktion erfüllen Konsum- und Hypothekenkredite, wie der jüngste Immobilienboom in den USA gezeigt hat, nur dass die Kreditnehmer eben Privatleute sind. Aber auch die Finanzmarktgewinne selbst fließen teilweise wieder in die Realwirtschaft zurück, sei es über Ausgaben für die Geschäftsausstattung der Banken, Investmentfonds und anderer institutioneller Finanzmarktakteure (vom Fuhrpark über die Computer bis hin zu den repräsentativen Bürogebäuden), sei es dass deren Angestellte oder Privatanleger ihren Konsum aus Spekulations- und Zinserträgen finanzieren. Insofern ist das fiktive Kapital alles andere als ein totes Gewicht, das auf der Realwirtschaft lastet und sie in ihrem Funktionieren behindert. Im Gegenteil, es ermöglicht die vorübergehende Aufrechterhaltung des kapitalistischen Normalbetriebs.

In allen bisherigen großen kapitalistischen Krisen währte dieser Modus des Krisenaufschubs allerdings nie sehr lang. Nach einer kurzen Phase der spekulativen Überhitzung folgte zwangsläufig ein großer Finanzmarktcrash, in dem sich das aufgestaute Krisenpotential mit enormer Wucht entlud und mit einem Schlag große Teile der ökonomischen und sozialen Strukturen zerstörte. Die historische Besonderheit der Krise des Fordismus besteht darin, dass eine solche massenhafte Entwertung der in ihrem Gefolge aufgehäuften Spekulations- und Kreditmasse bis heute nicht stattfand. Aber das bedeutet keinesfalls, dass die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Verwertungs- und Funktionslogik außer Kraft gesetzt worden seien, wie es vielfach behauptet worden ist. Historisch einmalig ist nur der ungeheuer lange Zeitraum des Krisenaufschubs, der jedoch strukturell nicht anders als in vorangegangenen Krisen über den Mechanismus des fiktiven Kapitals vermittelt ist und daher auch früher oder später in einem gewaltigen Entwertungsschub münden muss. Diesem langen Zeitraum entspricht logischerweise eine entsprechend gigantische Aufblähung der Spekulations- und Kreditblase. Wenn heute daher – wie es mittlerweile in fast jeder Zeitung steht – rund 97 Prozent aller transnationalen Finanzströme rein spekulativen Zwecken dienen, so ist dies kein Beleg für eine wirtschaftliche „Fehlsteuerung“ oder gar für die „Gier“ unersättlicher Spekulanten,

sondern zeigt, welche Ausmaße der Krisenaufschub inzwischen angenommen hat, und damit auch, welches enorme Krisenpotential aufgehäuft wurde.

## Die Besonderheiten des langen Krisenaufschubs

Politisch gesehen war es die fortschreitende Liberalisierung der transnationalen Finanzmärkte und die endgültige Entkopplung des Geldes vom Gold (mit der Aufhebung der Goldbindung des Dollars im Jahr 1971 und dem damit eingeleiteten Ende des Systems regulierter Wechselkurse), welche diese ungeheuer lange Streckung des Krisenaufschubs überhaupt erst ermöglichte. Denn erst dadurch konnte die globale Geldmenge in einem Ausmaß wachsen, das in den vorangegangenen Krisen nicht denkbar war, weil Goldstandard und national regulierte Finanzmärkte der monetären Expansion enge Grenzen setzten. Doch die Entscheidung, diese Grenzen niederzureißen war kein willkürlicher politischer Akt, der sich etwa auf den Einfluss bestimmter mächtiger Interessengruppen zurückführen ließe.<sup>5</sup> Vielmehr folgte sie aus der Dynamik der ökonomischen Entwicklung in den 1950er und 1960er Jahren, die nach und nach die Grundlagen des Systems von Bretton Woods untergrub. In dem Maße, wie die unangefochtene ökonomische Vormachtstellung der USA verloren ging und diese die Kosten ihrer politisch-militärischen Weltmachtposition nur noch über eine wachsende Staatsverschuldung finanzieren konnten (die Kosten des Vietnamkriegs spielten hierbei bekanntlich eine wesentliche Rolle), waren feste Wechselkurse und eine Rückbindung der westlichen Währungen an die US-Goldreserven nicht mehr aufrechtzuerhalten. Damit aber wurden zugleich die Voraussetzungen für eine ungeheure Aufblähung der Geldmenge unter aktiver Beteiligung der Regierungen und Zentralbanken sowie der internationalen Finanzorganisationen überhaupt erst geschaffen. Diese haben seit den 1970er und vor allem seit den 1980er Jahren ungeheure Mengen ungedeckter Liquidität in die Märkte gepumpt; zum einen über den direkten Weg der Staatsverschuldung, zum anderen durch eine Politik des „billigen Geldes“, die immer dann eingeschlagen wurde, wenn es an den Finanzmärkten kriselte. Eine zentrale Rolle dabei spielten die USA, die sich lange Zeit aufgrund ihrer Weltmachtstellung in ihrer eigenen Währung verschulden konnten, ohne Wechselkursverluste befürchten zu müssen, weil der Dollar als faktisches Weltgeld fungierte (eine Rolle, die derzeit infrage gestellt wird). Aber auch die anderen westlichen Staaten haben durch ihre Verschuldungs- und

---

<sup>5</sup> Eine groteske Zuspitzung der Vorstellung, die Aufhebung der Goldbindung sei eine willkürliche Entscheidung gewesen, findet sich bei Jürgen Elsässer: „1971 verkündigte US-Präsident Richard Nixon in einer Nacht- und Nebelaktion das Ende der Goldumtauschpflicht für den Dollar. Seither zersetzt sich die ökonomische Grundlage des Kapitalismus sukzessive“, in: Solidarität – Sozialistische Zeitung, Nr. 57, 4.5.2007.

Geldschöpfungspolitik wesentlich dazu beigetragen, die globale Blase des fiktiven Kapitals permanent aufzupumpen, um auf diese Weise den Kriseneinbruch immer weiter aufzuschieben.

Hinzu kommt aber noch eine weitere, wichtige historische Besonderheit des langen finanzkapitalistischen Zyklus seit den 1970er Jahren. Sie besteht darin, dass er nicht nur einen Aufschub der Krise des Fordismus darstellte, sondern zugleich den gewaltigen Produktivkraftschub der dritten industriellen Revolution überlagerte. Unter den Bedingungen einer „normalen“ Überakkumulationskrise hätte sich die gewaltige Transformation der Produktion auf Grundlage der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, wenn überhaupt, dann erst nach einer tiefen, weltweiten Depression durchsetzen können, in deren Verlauf das ökonomische Gebäude der Nachkriegszeit in Schutt und Asche gelegt worden wäre. Die lange Streckung der Krise mithilfe des fiktiven Kapitals erlaubte es jedoch, dieses Zerstörungswerk zunächst weitgehend auf die Länder des globalen Südens und des ehemaligen Ostblocks zu begrenzen. Zwar kamen auch in den westlichen Metropolen die fordistischen Strukturen unter die Räder, doch geschah dies im Zuge eines längeren Prozesses, in dessen Verlauf der Druck auf Arbeitsbedingungen und Sozialsysteme stetig wuchs und die Produktionsstrukturen grundlegend umgewälzt wurden. Je nach Weltmarkt- und Wettbewerbsposition der verschiedenen Länder verlief dieser Prozess unterschiedlich, doch die Tendenz war überall die gleiche: Der industrielle Sektor wurde mit Hilfe mikroelektronischer Anwendungen auf durchgreifende Weise rationalisiert und nach und nach auf hyperproduktive Kerne reduziert, während man jene Teile der Produktion, deren Automatisierung sich betriebswirtschaftlich (noch) nicht „rechnete“, in Niedriglohnländer oder –sektoren auslagerte.

Da gleichzeitig der sogenannte Dienstleistungssektor zunehmend an Bedeutung gewann und einen erheblichen Teil der in der Industrie nicht mehr benötigten Arbeitskräfte aufsog, konnte es oberflächlich betrachtet so erscheinen, als habe der Kapitalismus nur eine weitere Strukturveränderung durchlaufen, die wesentlich durch die Ablösung des alten Leitsektors der Industrie durch den Sektor von Dienstleistungen und „Wissensproduktion“ und eine gleichzeitige Globalisierung der ökonomischen Beziehungen charakterisiert sei. Dementsprechend waren sich die allermeisten Beobachter und Wirtschaftsexperten darin einig, dass es dem Kapitalismus zumindest in den westlichen Metropolen weitgehend gelungen sei, die Krise der 1970er und 80er Jahre (Stichwort „Krise der Arbeitsgesellschaft“) zu überwinden, wenn auch zum Preis einer zunehmenden Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für große Teile der Bevölkerung, die je nach politischer Position als unvermeidlich betrachtet oder als revidierbares Ergebnis der neoliberalen Politik angeprangert wurde. Über alle Lager hinweg erschien jedoch die Diagnose eines fundamentalen Krisenprozesses als absurd und abwegig. „Schaut doch nur, wie quicklebendig der Kapitalismus ist“, hieß es – je nach Standpunkt

jubilierend, kritisch oder resigniert – unter Verweis auf die sprudelnden Gewinne gerade in den letzten Jahren.

Die aktuelle Finanzmarktkrise jedoch verweist ziemlich unmissverständlich darauf, dass diese Einschätzung grundlegend verkehrt war. Und dies nicht etwa, weil die Spekulation eine an sich tragfähige realökonomische Struktur zerstören würde (wie in der Hetze gegen „die Heuschrecken“ stets behauptet wird), sondern weil die Struktur, die sich in den letzten fünfundzwanzig bis dreißig Jahren herausgebildet hat, noch nie eine Grundlage für einen selbsttragenden Boom der Kapitalakkumulation darstellte. Umgekehrt war sie überhaupt nur lebensfähig, weil sie permanent aus den Zuflüssen des fiktiven Kapitals alimentiert wurde (und bisher immer noch wird). Ein selbsttragender Boom würde voraussetzen, dass im Zuge eines anhaltenden Wachstums immer mehr Arbeitskräfte in der Produktion von Waren auf dem jeweils maßgeblichen Produktivitätsniveau vernutzt werden, denn nur dadurch kann die Masse des geschöpften Werts gesteigert und der Kreislauf „Geld – Ware – mehr Geld“ beständig aufrechterhalten werden. Von der Nachfrageseite her betrachtet würde dies bedeuten, dass in jeder Periode ausreichend Arbeitseinkommen geschaffen werden, damit die in der Vorperiode produzierten Waren auch Absatz finden. Genau diese Voraussetzungen sind jedoch unter den Bedingungen der dritten industriellen Revolution nicht mehr gegeben. Die Rationalisierung auf Grundlage der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien pflügt mit einem solch ungeheuren Tempo alle Sektoren der Ökonomie quer durch alle Branchen um, dass sie aufs Ganze gesehen immer mehr Arbeitskräfte überflüssig macht, als bei gleichzeitigem Wachstum zusätzlich benötigt werden. Damit aber schneidet sich der Verwertungsprozess nicht nur permanent selbst die Nachfrage ab, auf die er doch angewiesen ist, um den produzierten Wert am Markt zu realisieren; grundsätzlich noch untergräbt er damit dauerhaft die ureigenen Grundlagen.<sup>6</sup> Insofern erzeugt die mikroelektronische Produktivkraftrevolution eine Art permanenter Überakkumulationskrise, das heißt, sie bringt ständig einen Überschuss an produktiv nicht mehr verwertbarem Kapital hervor, das in die Sphäre des fiktiven Kapitals ausweichen muss, und trägt damit ganz wesentlich zum exponentiellen Wachstum der Finanzblase bei.

### **Krise? Welche Krise?**

---

<sup>6</sup> Aus der volkswirtschaftlichen Statistik ist bekannt, dass heute sehr viel höhere Wachstumsraten des BIP benötigt werden, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, als noch in den 1970er Jahren. Allerdings gibt die statistische Gesamtbetrachtung ein noch sehr geschöntes Bild wieder, weil sie einfach alle Arbeitsplätze addiert, ohne danach zu fragen, ob diese nun zur Wertproduktion beitragen oder nicht (diese Fragestellung schließt die VWL ja schon von vorneherein aus). Für die Mehrheit der Dienstleistungen sowie für die „Wissensproduktion“ muss das jedoch verneint werden (vgl. dazu die Artikel von Samol, Lohoff und Meretz in *krisis* 31). Insofern kann das Wachstum des tertiären Sektors den säkularen Trend des Abschmelzens der Arbeits- und Wertschöpfung nicht kompensieren.



Gegen diese Diagnose wird nun häufig eingewandt, es seien doch in den letzten Jahrzehnten Abermillionen von zusätzlichen Arbeitsplätzen in den ehemals peripheren Ländern, vor allem in Ost- und Südostasien entstanden und somit sei die Basis der Wertproduktion gewachsen und nicht etwa geschrumpft. Doch dieses Argument übersieht zwei grundlegende Dinge. Erstens wird die große Masse der industriellen Arbeit in den betreffenden Ländern auf sehr niedrigem Produktivitätsniveau geleistet und stellt daher, gemessen am Standard der automatisierten und durchrationalisierten Weltmarktfabriken, nur einen sehr geringen Wertanteil dar. Denn vom Standpunkt der Wertproduktion zählt ja nicht die bloße Anzahl der geleisteten Stunden, vielmehr wird der Wertanteil einer Ware durch das jeweils gesellschaftlich gültige Produktivitätsniveau definiert.<sup>7</sup> Und da dieses in den Kernsegmenten der Weltmarktproduktion permanent ansteigt, wird die unterproduktive Arbeit in den ausgelagerten Produktionsabschnitten ebenso permanent in ihrem Wert herabgedrückt. Deshalb ist die Auslagerung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch nur rentabel, solange sie zu immer niedrigeren Löhnen und immer miserableren Arbeitsbedingungen geleistet wird.<sup>8</sup> Und das wiederum ist der Grund dafür, weshalb der gegenwärtige Rationalisierungsschub nicht zu einer allgemeinen Reduktion der Arbeitszeit und einem guten Leben für alle führt (ja noch nicht einmal Spielräume für eine relative Verbesserung der Lebensbedingungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eröffnet), sondern zu massenhafter sozialer Verelendung und Depravierung.

Zweitens aber ist der Boom in China, Indien und den anderen „Schwellenländern“ selber alles andere als selbsttragend, sondern seinerseits vollkommen abhängig von der kreditären und spekulativen Geldschöpfung an den transnationalen Finanzmärkten. Bekanntlich ist die komplette wirtschaftliche Struktur in diesen Ländern auf den massenhaften Export vor allem in die USA und die EU ausgerichtet, die ihre Einfuhren wiederum zu einem erheblichen Teil über Zuflüsse von Spekulations- und Kreditkapital finanzieren. Paradigmatisch dafür steht der

---

<sup>7</sup> Es sei daran erinnert, dass Marx auf diesen Zusammenhang bereits im ersten Kapitel des *Kapitals* hinweist: „Es könnte scheinen, daß, wenn der Wert einer Ware durch das während ihrer Produktion verausgabte Arbeitsquantum bestimmt ist, je fauler oder ungeschickter ein Mann, desto wertvoller seine Ware, weil er desto mehr Zeit zu ihrer Verfertigung braucht. Die Arbeit jedoch, welche die Substanz der Werte bildet, ist gleiche menschliche Arbeit, Verausgabung derselben menschlichen Arbeitskraft. Die gesamte Arbeitskraft der Gesellschaft, die sich in den Werten der Warenwelt darstellt, gilt hier als eine und dieselbe menschliche Arbeitskraft, obgleich sie aus zahllosen individuellen Arbeitskräften besteht. ... Nach der Einführung des Dampfwebstuhls in England z.B. genügte vielleicht halb so viel Arbeit als vorher, um ein gegebenes Quantum Garn in Gewebe zu verwandeln. Der englische Handweber brauchte zu dieser Verwandlung in der Tat nach wie vor dieselbe Arbeitszeit, aber das Produkt seiner individuellen Arbeitsstunde stellte jetzt nur noch eine halbe gesellschaftliche Arbeitsstunde dar und fiel daher auf die Hälfte seines frühern Werts.“ (MEW 23, S. 53).

<sup>8</sup> Vgl. dazu Norbert Trenkle: Es rettet euch kein Billiglohn, in: Kurz, Lohoff, Trenkle (Hrsg.) *Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit*, Hamburg 1999. ([www.balxix.de/feierabend\\_n-trenkle\\_billiglohn.html](http://www.balxix.de/feierabend_n-trenkle_billiglohn.html))

pazifische Defizitkreislauf zwischen den USA und Ostasien, der seit den Zeiten der Reagan-Regierung zu dem zentralen Antriebsmotor der weltwirtschaftlichen Konjunktur geworden ist. Sein Funktionsmechanismus ist im Grunde sehr simpel: Das stetig wachsende Handelsdefizit wird durch einen ebenso stetig wachsenden Import von Finanzkapital gedeckt, das zum Teil über den direkten Weg kreditfinanzierter Staatsausgaben („Zwillingsdefizit“), zum Teil über den Umweg des privaten Finanzsystems wieder in den Konsumkreislauf eingeschleust wird. Da aber die Geldzuflüsse zu einem erheblichen Teil aus den asiatischen Ländern stammen (zunächst überwiegend Japan, nun in wachsendem Maße China), die ihre Verkaufserlöse im Finanzsektor der USA anlegen bzw. Devisenreserven in US-Dollar aufbauen, finanzieren diese also ihre Exporte selbst. In der Reagan-Ära war es zunächst die gigantische Staatsverschuldung, die als Konsummotor fungierte, zunehmend kam dann die Aktien- und Wertpapierspekulation hinzu – in der Zeit der sogenannten „New Economy“ etwa finanzierten nicht wenige Privatanleger einen Teil ihres Konsums aus den gigantischen Kurssteigerungen am „Neuen Markt“. Und in den letzten Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt schließlich hin zur Immobilienspekulation.

Allerdings funktioniert dieser Kreislauf nur, solange der US-Dollar das nötige Vertrauen genießt und dadurch immer wieder frisches Finanzkapital zufließt, um das Dauerdefizit zu finanzieren. Es zeichnet die aktuelle Finanzmarktkrise aus, dass dieses Vertrauen in zunehmendem Maße bröckelt (worauf der abstürzende Dollarkurs verweist). Sollte es der US-Regierung und der Fed nicht gelingen, diesen Trend umzukehren, käme der pazifische Defizitkreislauf zum Erliegen, und das hätte für die Weltwirtschaft ungefähr die gleiche Bedeutung wie das mögliche Versiegen des Golfstroms für das Weltklima. Freilich ist es billiger Antiamerikanismus, wenn sich angesichts dieses Bedrohungsszenarios nun in Europa immer mehr Stimmen erheben, die mit moralischer Entrüstung die USA anklagen, sie hätten „auf Kosten der übrigen Welt gelebt“, indem sie ihren „unproduktiven Konsum“ per Kredit finanzierten<sup>9</sup> und würden jetzt auch noch die Weltwirtschaft in die Krise stürzen. Einmal mehr wird hier die ideologische Spaltung in „parasitäres“ Kreditkapital und ehrliches Produktivkapital reproduziert – antiamerikanische Ideologiemuster weisen zumindest in Europa immer schon eine gefährliche Nähe zu antisemitischen Konstrukten auf – und obendrein der reale Zusammenhang völlig auf den Kopf gestellt. Denn zum einen haben auch die europäischen Länder in starkem Maße von der kreditfinanzierten Nachfrage aus den USA profitiert; insbesondere die deutsche Industrie läge ohne die gewaltigen Exporte über den Atlantik längst am Boden. Zum

---

<sup>9</sup> So schreibt etwa Elmar Altvater: „Die US-Bürger können sich einen hohen Konsumstandard, also den ‚American way of life‘ leisten, obwohl sie hoch verschuldet sind ... Voraussetzung dafür allerdings ist erstens eine hohe Sparquote in anderen Weltregionen, die es den USA und ihren Bürgern erlaubt, über die Stränge zu schlagen. Zweitens müssen die Finanzmärkte so funktionieren, dass die Ersparnisse der Welt in die USA geschleust werden“ (Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus – so wie wir ihn kennen, Münster 2005, S. 135)

anderen ist die Staatsverschuldung in Europa gemessen am BIP der in den USA durchaus ebenbürtig und die Spekulation ist auch nicht von schlechten Eltern; in den letzten Jahren etwa gab es vor allem in Südeuropa einen gewaltigen spekulativen Boom an den Immobilienmärkten, der gerade ebenfalls in sich zusammenfällt. Und schließlich hängt ohnehin aufs Ganze gesehen die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft am Tropf des fiktiven Kapitals, weil sie realökonomisch nicht mehr tragfähig ist.

Es ist deshalb vollkommen absurd, wenn die Kommentatoren in allen Zeitungen von links bis rechts heute etwa der US-Zentralbank vorwerfen, sie habe die Immobilienspekulation durch ihre extreme Niedrig-Zinspolitik angeheizt und sei deshalb verantwortlich für die derzeitige Finanzmarktkrise. Was die Fed nach dem Crash der New Economy getan hat, war, schlicht zu verhindern, dass schon damals die große Finanzmarktlawine abging. Sie hat also den Kriseneinbruch noch einmal um sieben bis acht Jahre aufgeschoben und damit u.a. den berühmten Aufschwung ermöglicht, den heute alle Politiker für sich reklamieren. Wenn man also in diesem Zusammenhang überhaupt moralische Kategorien bemühen wollte, müsste man der Fed und der US-Regierung dankbar dafür sein, dass sie durch ihre expansive Geldpolitik der Weltwirtschaft noch einmal eine ordentliche Atempause verschafft haben. Aber Dankbarkeit ist hier genauso unangebracht wie moralische Anklage. Es geht vielmehr zunächst einmal darum, zu begreifen, dass die Krise an den Finanzmärkten ihre Ursachen nicht in der Spekulation hat, sondern in einer viel grundsätzlicheren Strukturkrise der kapitalistischen Reproduktion. Diese Einsicht aber hat sehr weitreichende Auswirkungen für die sozialen Auseinandersetzungen der näheren Zukunft.

### **Weiterer Krisenaufschub...**

Eine sichere Prognose darüber, welchen weiteren Verlauf der Krisenprozess nehmen wird, lässt sich nicht abgeben. Momentan ist unklar, ob die Zentralbanken und Regierungen mit vereinten Kräften den Megacrash an den Finanzmärkten samt seinen verheerenden Auswirkungen auf die gesamte Welt noch einmal werden aufschieben können. Sollte es gelingen, ginge dies jedoch nur über das Aufblasen einer neuen Finanzblase. Das wäre allerdings der blanke Hohn auf all diejenigen, die in der Kontrolle der Finanzmärkte die Lösung des Problems sehen. Zwar wird diese Forderung inzwischen von allen Seiten aufgegriffen, auch von bisherigen neoliberalen Hardlinern, frei nach dem Motto: Was schert mich mein Geschwätz von gestern. Doch in der Praxis wird der staatliche Eingriff auf das genaue Gegenteil hinauslaufen: im Wesentlichen darauf, die direkten Schäden zu begrenzen, die sich aus dem Platzen der Immobilienblase ergeben. Es ist bezeichnend, dass selbst der sozialdemokratische Populist Lafontaine dafür plädiert, kriselnde Banken staatlicherseits aufzufangen, weil er weiß, dass ein Zusammenbruch des

Bankensystems verheerende Folgen für die gesamte Gesellschaft hätte.<sup>10</sup> Natürlich schiebt er pflichtschuldig die Forderung hinterher, es müssten danach aber die Banken und Finanzmarktakteure besser kontrolliert werden. Doch ist das eine bloße Floskel, denn die faulen Kredite der Gegenwart können unter den gegebenen Umständen – wenn überhaupt – nur durch zukünftige Finanzmarktgewinne kompensiert werden. Dabei macht es dann keinen prinzipiellen Unterschied, ob ein Finanzmarktakteur staatlich oder privat ist, denn beide unterliegen gleichermaßen dem Zwang, „ihr“ Kapital gewinnbringend anzulegen und das geht unter den Bedingungen permanenter Überakkumulation nur in der Sphäre des Kredits und der Spekulation<sup>11</sup>, weil die Spielräume für eine realökonomisch fundierte Kapitalverwertung beschränkt bleiben. Egal ob man diesen Zusammenhang nun erkennt oder nicht, in der Praxis setzt er sich durch. Deshalb wird den Regierungen und Zentralbanken gar nichts anderes übrig bleiben, als die monetären Schleusen wieder weit zu öffnen. US-Regierung und Fed fahren ja bereits diesen Kurs.<sup>12</sup>

Grundsätzlich gilt natürlich immer, dass Politik in ihrem Handeln durch den Zwang begrenzt wird, die kapitalistische Funktionslogik als solche nicht antasten zu dürfen. Ihrem Wesen nach bleibt jene auf die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten innerhalb dieser Logik beschränkt. Allerdings verändern sich die politischen Spielräume im geschichtlichen Verlauf. Sie werden geprägt und eingeschränkt durch einen historisch je spezifischen Möglichkeitsraum, der seinerseits von der blinden kapitalistischen Entwicklungsdynamik abhängt. Innerhalb dieses Möglichkeitsraums sind politische Entscheidungen und Weichenstellungen nicht determiniert, sondern ergeben sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren, wie gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, internationalen Machtkonstellationen oder

---

<sup>10</sup> Lafontaine hat Josef Ackermann ironisch die Mitgliedschaft in der Linkspartei angetragen, weil dieser angesichts der Finanzkrise einen staatlichen Eingriff in das Bankensystem forderte (Netzeitung, 20.3.2008). Tatsächlich verweist das aber nur darauf, dass in der Krisenverwaltung letztlich alle Parteien an einem Strang ziehen.

<sup>11</sup> Deshalb ist es auch lächerlich, wenn nun den Landesbanken ihre Verluste aus der Immobilienspekulation vorgeworfen werden. Sie haben nur das gemacht, was im Boom jeder von ihnen erwartete: „ihr“ Geld möglichst gewinnbringend anzulegen. Hätten sie dies nicht getan, wären sie mit Sicherheit von den gleichen „Experten“ für ihre „falsche Übervorsicht“ angegriffen worden, die nun angesichts der hohen Verluste „Skandal“ schreien.

<sup>12</sup> Allerdings zeichnet sich auch ein Interessenkonflikt zwischen den USA und der EU ab, der die Krisendynamik möglicherweise beschleunigen könnte. Während die USA in gewohnter Weise die Zinsen herunterprügeln und in Windeseile ein staatliches Konjunkturprogramm in Höhe von rund 150 Mrd. US-Dollar aufgelegt haben, stellen die europäischen Regierungen und die EZB den Aspekt der Inflationsbekämpfung in den Vordergrund und weigern sich daher die Zinsen abzusenken. Dabei wird das einigermaßen alberne Argument bemüht, die Krise finde ja wesentlich in den USA statt, in Europa hingegen sei die Konjunktur stabil, ganz so, als hinge beides nicht engstens zusammen. Im Effekt könnte dies dazu führen, dass der Dollarkurs noch weiter abstürzt und damit die USA ihre Rolle als Konsummotor der Weltwirtschaft verlieren. Dann freilich würde sich der jetzt von EZB und EU-Regierungen verdrängte Zusammenhang gewaltsam durchsetzen.

dem Konkurrenzgefälle am Weltmarkt; der mit dem Möglichkeitsraum gesetzte Rahmen jedoch liegt außerhalb des Zugriffs der Politik. Das gilt auch für den heute häufig verklärten Fordismus. Trotz des relativ großen Regulierungspotentials in dieser Epoche hat die Politik den fordistischen Boom als solchen genauso wenig erzeugt, wie sie in der Lage war, sein Ende zu verhindern. Allerdings konnte sie bis zu einem gewissen Grad seine innere Verlaufform beeinflussen und die vor allem in den Metropolen vorhandenen Verteilungsspielräume für den Aufbau einer ausgedehnten gesellschaftlichen Infrastruktur nutzen. In der Epoche der krisenkapitalistischen Globalisierung bietet sich ein spiegelverkehrtes Bild. Die Politik kann dem fiktiven Kapital nicht substantiell zu Leibe rücken, denn die beständige Aufblähung der Kredit- und Spekulationsblase ist Voraussetzung für den prekären Krisenaufschub und bestimmt daher auch die Spielräume und Grenzen ihres eigenen Handelns. Insofern muss sie alles tun, um diese Voraussetzung möglichst lange zu sichern, und dazu gehört neben geldpolitischen Maßnahmen u.a. auch der fortschreitende Raubbau an den „öffentlichen Gütern“, die ins Feuer der privaten Verwertung geworfen werden, um die kapitalistische Maschine noch eine Weile am Laufen zu halten.<sup>13</sup>

Völlig außerhalb der Zugriffsmöglichkeiten von Politik liegt es jedoch, die kapitalistische Krisendynamik als solche zu stoppen. Vielmehr trägt sie durch ihre Maßnahmen zu einer beständigen Reproduktion der dem Krisenprozess zugrunde liegenden Widersprüche auf immer höherem Niveau bei. Während die Masse an fiktivem Kapital, das vor der Entwertung geschützt werden muss, exponentiell anwächst (wie ein Blick auf das Wachstum der Finanzmärkte zeigt), steigt mit jeder Stufe des Krisenaufschubs der Druck auf die Gesellschaft und die große Masse der Bevölkerung, die gezwungen ist, sich unter immer prekäreren Bedingungen zu verkaufen. Dementsprechend werden die gesellschaftlichen Kosten einer erneuten Vertagung des großen Finanzkrachs erheblich sein. Zum einen ist mit einem gehörigen konjunkturellen Einbruch zu rechnen, der im Gegensatz zum aktuellen „Aufschwung“ mit Sicherheit „unten ankommen“ wird. Zum anderen wird die Aufblähung der Geldmenge voraussichtlich eine zusätzliche Beschleunigung der Inflation und damit eine weitere Entwertung der ohnehin schon ständig schrumpfenden Massenkaukraft bewirken. Und schließlich wird sich die nächste Spekulationswelle vermutlich auf Rohstoffe, Nahrungsmittel und Agrartreibstoffe beziehen und deshalb ganz unmittelbar katastrophale Konsequenzen für weite Teile der Weltbevölkerung haben. Schon die horrenden Preissprünge bei Nahrungsmitteln in den letzten beiden Jahren sind zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, dass immer mehr institutionelle Anleger ihr Kapital in die Warenterminbörsen lenken. Wenn dieser Trend sich fortsetzt, ist eine regelrechte Preisexplosion, die den Hunger in der Welt vervielfacht, unvermeidliche Folge.

---

<sup>13</sup> Zur Analyse dieses Mechanismus vgl. Ernst Lohoff: Out of Area – Out of Control, in: Streifzüge Nr. 31 und 32, Wien 2004 ([www.balzix.de/e-lohoff\\_out-of-area\\_str-04-31.html](http://www.balzix.de/e-lohoff_out-of-area_str-04-31.html))

Nun wäre zwar auch hier die Aufblähung des fiktiven Kapitals nicht eigentliche Ursache der Katastrophe, doch würde sie (wie schon im Fall der Privatisierungswelle) als Vermittlungsinstanz und Transmissionsriemen des Krisenprozesses und der ihm inhärenten Ausschluss- und Prekarisierungstendenz fungieren. Die Gefahr ist daher groß, dass sich der dadurch erzeugte Unmut wieder nur gegen das Feindbild eines „gierigen“ Finanzkapitals richtet, dem die Schuld an der ganzen Misere zugeschoben wird. Umso wichtiger bleibt es, gegen diese invertierte „Kapitalismuskritik“ mit ihrer offenen Flanke zum Antisemitismus Position zu beziehen. Das aber setzt neben der notwendigen Ideologiekritik auch eine fundierte Krisenanalyse voraus, die der verkehrten Wahrnehmung des kapitalistischen Funktionszusammenhangs den Boden entzieht. Freilich sollen damit die Finanzmärkte und die Spekulation nicht von der Kritik ausgenommen werden. Doch müssen sie stets als Teilmomente der fundamentalen kapitalistischen Krise verstanden werden, die als *Gesamtprozess* auf eine breitflächige Zerstörung der sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen hinausläuft.

Diese Kritik ist auch gegen die teils nostalgischen, teils populistischen Konzepte zur Wiederbelegung der keynesianischen Wachstums- und Regulationspolitik zu richten. Im Grunde wissen auch die Propagandisten dieser Konzepte selbst, dass es dafür unter den gegebenen Bedingungen keinerlei reale Spielräume mehr gibt. Denn das beweist sich regelmäßig dort, wo „linke“ Parteien mit entsprechenden Programmen an die Regierung kommen und dann genau das Gegenteil des Versprochenen in die Tat umsetzen; das gilt für die Berliner Stadtregierung nicht anders als für die verfloessene „Mitte-Links-Koalition“ in Italien oder etwa die Lula-Regierung in Brasilien. Verrückterweise ist auch das Wählerpublikum größtenteils nicht einfach leichtgläubig und wird „betrogen“, sondern *will* mangels anderer Perspektiven daran *glauben*, dass eine Rückkehr zum keynesianischen Sozialstaat der Nachkriegszeit noch einmal möglich sein soll, obwohl es auf einer anderen Bewusstseinssebene durchaus weiß, dass dies nicht mehr geht. Das macht im Kern die schizophrene Stimmungslage aus, die sich in der Bundesrepublik etwa in einer breiten Zustimmung für klassische sozialdemokratische Forderungen (allgemeiner Mindestlohn, keine Bahnprivatisierung etc.) und gleichzeitig hohen Sympathiewerten für die Merkel-Regierung äußert. Das Problematische an dieser Stimmung ist, dass sie in ihrem Schwanken zwischen immanent uneinlösbaren Wünschen und einer unkritischen Akzeptanz der kapitalistischen Strukturlogik höchst anfällig für die Identifikation von Sündenböcken ist, seien es nun die Hedgefonds, die US-Regierung, die Großkonzerne oder – in letzter wahnhafter Konsequenz – „die Juden“.

Es mag paradox klingen, aber gerade wenn man sich nicht der „Realpolitik“ und ihrem Sachzwangcredo ausliefern will, ist es unerlässlich, die Grenzen der Politik in der gegenwärtigen krisenkapitalistischen Periode deutlich zu benennen. Nicht, um sie anzuerkennen, sondern als notwendige Orientierung für soziale Bewegungen und jene Teile der Gewerkschaften, die sich gegen den systematischen sozialen Raubbau, die fortschreitende Inwertsetzung aller Lebensbereiche, die zunehmende

Prekarisierung sowie die damit verbundene staatliche Kontrolle und Repression zur Wehr setzen. Lassen sie sich auf illusorische politische Perspektiven festlegen und in die Parteipolitik einspannen, bedeutet das nichts anderes als ihre Neutralisierung<sup>14</sup>. Konzentrieren sie sich hingegen darauf, ihre Kämpfe über die Grenzen partikularer Interessen, fragmentierter Lebensverhältnisse und diversifizierter Identitäten hinweg zu verbinden, könnte es gelingen, die durch den Krisendruck vorangetriebene Entsolidarisierung zu überwinden und eine gesellschaftliche Gegenmacht zu formieren, die sich der neoliberalen Abriss- und Ausschlusspolitik erfolgreich entgegenstellt und zugleich eine Überwindung der kapitalistischen Logik wieder in den Bereich des Möglichen rückt.

### **... oder Weltwirtschaftskrise?**

Sollte allerdings die Politik des neuerlichen Krisenaufschubs scheitern, droht eine Weltwirtschaftskrise gewaltigen Ausmaßes, in der sich das in dreißig Jahren aufgestaute Krisenpotential entlädt. Massenhafte Unternehmens- und Bankenzusammenbrüche, vermutlich begleitet von einem gewaltigen Inflationsschub, wären die unmittelbare Folge. Es braucht keine große Phantasie, um sich die verheerenden Auswirkungen dieser Mega-Stagflation auf Staatsfinanzen, Sozialsysteme und die Lebensbedingungen der großen Bevölkerungsmehrheit auszumalen. Durchaus wahrscheinlich ist, dass unter diesen Bedingungen die Ideologie einer national-populistischen Krisenverwaltung, wie sie ja schon lange nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums propagiert wird, an Zuspruch gewinnen wird. Wenn etwa der Publizist Jürgen Elsässer (derzeit bei der Zeitung „Neues Deutschland“) zur „nationalen Volksfront“ gegen das globalisierte Kapital und vor allem gegen das Finanzkapital (das er – wen wundert’s – vorwiegend in den USA verortet) aufruft, dann mag das momentan noch etwas überdreht klingen. Doch steht es für eine Tendenz, die auf aggressive, nationalistische Abschottung nach außen und autoritäre Disziplinierung nach innen bei gleichzeitiger Mobilisierung antisemitischer Affekte hinausläuft. Freilich ist selbst unter Aspekten bloßer Krisenverwaltung angesichts der ausgeprägten transnationalen Wirtschaftsverflechtungen eine Rückkehr zum weitgehend abgegrenzten Nationalstaat kaum denkbar. Wahrscheinlicher ist ein Zerfall der Weltwirtschaft in kontinentale Blöcke, ein Szenario, das in den politischen Machtapparaten und Think Tanks schon seit längerem durchgespielt wird. Ein starker Triebmechanismus in diese Richtung dürfte der absehbare Absturz des US-Dollars und der damit

---

<sup>14</sup> So haben sich beispielsweise große Teile der italienischen Anti-Globalisierungsbewegung und Sozialforen in die „Rifondazione Comunista“ einbinden lassen und sind dadurch dazu gezwungen worden, die Prodi-Regierung zumindest indirekt zu unterstützen. Dadurch aber haben sie ihre Mobilisierungsfähigkeit größtenteils verloren und stehen nun vor einem politischen Scherbenhaufen..

einhergehende Verlust seiner Weltgeldfunktion sein.<sup>15</sup>

Eine Krisenlösung im eigentlichen Sinne des Wortes stellt ein solches mögliches Szenario allerdings auch nicht dar, sondern nur eine Form der Notstandsverwaltung. Keinesfalls hätte nämlich der Entwertungsschub den Charakter einer „Reinigungskrise“, in der durch das Hinwegfegen von Überkapazitäten und faulen Krediten die Grundlage für einen neuen selbsttragenden Akkumulationsschub geschaffen würde. Denn die eigentliche Ursache der Krise, die Verdrängung lebendiger Arbeitskraft aus der unmittelbaren Produktion durch die Verlagerung der Produktivkraft auf die Ebene des allgemeinen gesellschaftlichen Wissenskomplexes und die damit einhergehende Untergrabung der Wertproduktion, wäre ja nicht beseitigt. Auch weiterhin müsste jede Produktion auf dem durch die neuen I+K-Technologien gesetzten Produktivitätsniveau ansetzen oder sich an diesem messen lassen, während gleichzeitig der Produktivitätswettbewerb weiterginge. Auf niedrigerem Niveau von Wertproduktion würde sich also die Situation permanenter Überakkumulation sofort wiederherstellen, einschließlich des Zwangs zur erneuten Aufblähung des fiktiven Kapitals. Somit käme es zu einer Reproduktion der Widersprüche des bisherigen Krisenverlaufs unter erheblich verschärften ökonomischen und sozialen Bedingungen. Die entscheidende Frage wird dann sein, ob es gelingt, aus dem Widerstand gegen die Schwerkraft des Krisenprozesses heraus eine transnationale Emanzipationsbewegung zu entwickeln, die eine Aneignung des gesellschaftlichen Zusammenhangs jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik zum praktischen Programm erhebt.

---

<sup>15</sup> In Wirtschaftskreisen wird mittlerweile sogar die Rückkehr zum Goldstandard wieder ernsthaft diskutiert, was u.a. auf eine völlige Entwertung der in den letzten Jahrzehnten aufgehäuften Dollarforderungen hinauslief: „Wenn nichts mehr geht und niemand mehr den weichen Dollar haben will, macht Amerika einen Schnitt und koppelt seine Währung an das in Fort Knox aufgehäufte Gold. Der Rest der Welt, der durch den Kauf von US-Devisen die US-Schuldenmacherei finanziert hat, schaut in die Röhre“ (Wirtschaftswoche 18.2.2008, S. 134).